

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND),  
Landesverband Niedersachsen e.V.  
Deutscher Bund für Vogelschutz/Deutscher Naturschutzverband (DBV),  
Landesverband Niedersachsen e.V.  
Umweltschutzforum "Schacht Konrad" e.V.

Presseerklärung

20. Februar 1987  
Sperrfrist 11.00 Uhr

Forderungen zum Planfeststellungsverfahren "Schacht Konrad"

In der Stadt Salzgitter soll das ehemalige Eisenerzbergwerk "Schacht Konrad" als Endlager für Atommüll eingerichtet werden. Aufgrund seiner errechneten Lagerkapazität könnten bis weit über das Jahr 2000 hinaus die nicht hitzeentwickelnden radioaktiven Abfälle, das sind ca. 95% des gesamten anfallenden Atommülls, der Bundesrepublik Deutschland eingelagert werden. Für die Atomindustrie bedeutet dies, endlich einen realen Entsorgungsnachweis führen zu können. Der ehemalige Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann, nannte es die "Verhinderung eines Entsorgungsnotstandes" (Salzgitter-Zeitung, 12.03.1985), Prof. Röthemeyer (Physikalisch-Technische-Bundesanstalt) sprach in diesem Zusammenhang von einem "unmittelbaren Entsorgungsdruck" (Salzgitter-Zeitung, 25.07.1985).

Es gibt keinen Zweifel, der Atommüllberg wächst uns langsam über den Kopf: Bis zum Jahr 2000 werden ca. 230 000 m<sup>3</sup> Atommüll zu beseitigen sein (Abfallmengenerhebung der PTB, Basisdaten 1985).

Für das geplante Endlager Schacht Konrad soll noch in diesem Jahr im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die öffentliche Auslegung der Planunterlagen erfolgen. Doch bereits in der Phase der vorgezogenen Bürgerbeteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange werden erhebliche Bedenken deutlich:

- 1975 wurde aus wirtschaftlichen Gründen der Erzbergbau in Schacht Konrad eingestellt. Die Grube wird für Untersuchungen für die Einlagerung radioaktiver Abfälle betriebsbereit gehalten. Mit den Untersuchungen beauftragt war zunächst die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), deren Endbericht von 1982 sich als so mangelhaft herausstellte, daß die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt (PTB) weitere Forschungsarbeiten durchführen mußte. Die Gruppe Ökologie kam in einem Bewertungsgutachten im Auftrage der Stadt Salzgitter über den GSF-Bericht zu folgendem Ergebnis:

"Die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung von schwach-radioaktiven Abfällen ist durch die Untersuchungen der GSF nicht belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nicht nachgewiesen. Dies gilt verstärkt für andere Arten radioaktiver Abfälle."

Im Verlauf der sich anschließenden Forschungen durch die PTB erfolgte auch eine Umwidmung von einer Deponie für schwachaktive Abfälle (GSF) zu einem Universalendlager (PTB, s.o.).

- Die installierte bzw. geplante Förder- und Hohlraumkapazität der Grube läßt es zu, nicht nur den in der Bundesrepublik anfallenden Abfall einzulagern, sondern auch zusätzlich solchen aus dem europäischen Ausland, nicht zuletzt um eine wirtschaftliche Auslastung des Endlagerbetriebes zu erreichen.
- Das Planfeststellungsverfahren für die Einrichtung der Schachtanlage Konrad als Endlager ist nur scheinbar demokratisch, denn bereits seit 1983 stützt sich das Entsorgungskonzept der Bundesregierung auf das nicht genehmigte Endlager Konrad: In den Teilerrichtungs genehmigungen für die Atomkraftwerke Brokdorf, Grohnde, Lingen und Grafenrheinfeld wird Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis von den Genehmigungsbehörden der Länder anerkannt. Im Fall Grohnde war es dieselbe Niedersächsische Landesregierung, die auch über ein evtl. Endlager Konrad wird entscheiden müssen.
- Die Transporte von sämtlichen Atommüll produzierenden Anlagen in der Bundesrepublik soll per Schiene und Straße nach Schacht Konrad erfolgen. Bei Unfällen könnten radioaktive Substanzen freigesetzt werden. Bei Unfällen auf den Transportstrecken in der gesamten Bundesrepublik wäre eine Evakuierung der betroffenen Bevölkerung im Umkreis von mindestens 5km erforderlich.
- Im oberirdischen Zwischenlager, dem sogn. Pufferlager, könnte es durch Beschädigung oder Brände zu einer radioaktiven Verseuchung kommen. Alle dort zur Endlagerung zwischengelagerten Container geben ohnehin eine "zulässige" Strahlung ab. Die erhöhte Umgebungsstrahlung nach dem Unfall in Tschernobyl ist im Gutachten der PTB völlig unberücksichtigt geblieben. Auch die Emissionen aus Kraftwerk, Kokerei, Stahl- und Walzwerk und der Erzvorbereitung der Stahlwerke Peine-Salzgitter sowie der Pyrolyseanlage in unmittelbarer Nachbarschaft von Schacht Konrad sind nicht in die Untersuchungen mit einbezogen worden, wobei vor allem noch nicht erforscht ist, welche Wechselwirkungen die Emissionen mit den freigesetzten Radionukliden auslösen können. Alle diese Stoffe würden sich über die Luft und die Abwässer in der näheren und weiteren Umgebung ablagern und auf Dauer in den biologischen Kreislauf (Boden-Pflanze-Tier-Mensch) eindringen.



Die PTB hat in ihrem Gutachten die Hauptwindrichtung Südwest festgestellt. Danach werden insbesondere der Stadtteil Salzgitter-Thiede sowie die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel von den radioaktiven Emissionen betroffen sein.

- Einen schweren Stand haben die Bürger, die im Planfeststellungsverfahren ihre Bedenken vorbringen wollen. Nach einer Gesamtuntersuchungszeit von inzwischen über 10 Jahren, Kosten von 350 Mill. DM (Steuergelder!) und Berichten von einigen 1 000 Seiten bleiben den betroffenen Menschen nur zwei Monate Zeit, um die zur Verfügung gestellten Unterlagen durchzuarbeiten und Einwände geltend zu machen. Dabei fehlen Basisdaten und Berechnungen meist völlig, die Ergebnisse sind somit nicht nachvollziehbar. Fragwürdig ist dabei auch die Benutzung veralteter Daten sowie Formulierungen folgender Art:

"Kollision von Transportmitteln mit und ohne Brand

Dieser Auslegungsstörfall wird durch bauliche und administrative Maßnahmen zur Verkehrsführung und -regelung vermieden."

(Planunterlagen Kapitel 3.5, Seite 47)

In diesem Zusammenhang muß auch die Änderung des Verwaltungsrechtsweges für Großanlagen im Emissionsrecht gesehen werden, führt sie doch dazu, daß seit 1986 die erste Klageebene das Oberverwaltungsgericht ist. Demnach gibt es nur noch die Revisionsmöglichkeit beim Bundesverwaltungsgericht, das lediglich das Urteil auf Verfahrensmängel prüft. Dies dient der Verkürzung eines evtl. juristischen Verfahrens zu Lasten des Klägers.

Vor diesem Hintergrund fordern der Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Bund für Vogelschutz / Deutscher Naturschutzverband (DBV) als Träger öffentlicher Belange und das Umweltschutzforum Schacht Konrad e. V. die Untersuchung der gesamten Planunterlagen durch ein unabhängiges Institut.

Darüber hinaus halten die Verbände auch für unabdingbar erforderlich, daß die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren um folgende Gesichtspunkte erweitert werden:

- Bewertung der Risiken aus radioaktiver Niedrigstrahlung für die Belegschaft und die Bevölkerung.
- Untersuchungen zur Synergismusproblematik (Wechselwirkungen der Emissionen mit denen benachbarter Industrieanlagen, einschließlich radiotoxikologisches Gutachten).

- Ortbezogene Erhebung von Klimadaten (insbesondere bei Inversionswetterlagen)
- Berücksichtigung erhöhter Belastungen nach dem Störfall in Tschernobyl (zusätzliche Rückhaltemöglichkeiten nutzen, da nicht vorgesehen)
- Kontinuierliche Luftüberwachung, besonders der Radionuklide, einschließlich Einrichtung von Meßstationen im Stadtgebiet
- Einbeziehung der Transportproblematik
- Offenlegung des Katastrophenschutzplanes
- Umweltverträglichkeitsprüfung nach EG-Richtlinien